



Andreas Edel, Lukas Kübler, Emily Lines, Patrizia Nanz, Katja Patzwaldt, Guido Speiser, Dorota Stasiak und Markus Weißkopf

## Grenzüberschreitungen: Wie öffentlich soll Wissenschaft sein?

E-PAPER DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Gerade in Krisensituationen (wie etwa der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie) und bei wichtigen Reformvorhaben wird der Rat der Wissenschaft immer stärker nachgefragt. Damit verbinden sich häufig Erwartungen, denen Forscher\_innen nicht immer entsprechen können. Umgekehrt haben sich die Bedingungen von Wissenschaftskommuni-

nikation und wissenschaftlicher Politikberatung in den letzten Jahrzehnten stark verändert. So werden etwa hinsichtlich der digitalen Medien neben neuen Chancen auch deren Risiken deutlich. Der Beitrag diskutiert, wie das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit neu ausgelotet werden kann.

Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie ist die Frage, welche Rolle die Wissenschaft im politischen Diskurs spielen sollte, mit bisher nicht gekannter Vehemenz in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Neben der direkten Beratung der Regierungen durch einzelne Virolog\_innen beziehungsweise (epidemiologische) Forschungsinstitute haben sich auch die großen Wissenschaftsinstitutionen wie die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina<sup>1</sup> und die Präsidenten von vier außeruniversitären Forschungsorganisationen<sup>2</sup> mit Empfehlungen aktiv in die Diskussion eingebracht.<sup>3</sup> Wie kaum je zuvor beeinflussen wissenschaftliche Problembeschreibungen, Daten und Bewertungen politische Maßnahmen. Es scheint, als werde das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit gerade neu vermessen.

Dabei hat die gegenwärtige Krisensituation kein neues Phänomen hervorgebracht, sondern den bereits seit längerem beobachtbaren Trend der wechselseitigen Inanspruchnahme von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit nur verstärkt. Entschei-

dungsträger\_innen im politischen Raum und in Unternehmen suchten auch schon früher bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen nach Wegen, ihre Entscheidungen durch externe wissenschaftliche Expertise besser zu fundieren und zu legitimieren, wie beispielsweise bei der Bewältigung der steigenden Zuwanderung, beim Klimaschutz, bei der Vorbereitung einschneidender Reformen (etwa des Arbeitsmarktes oder der Altersversorgung) beziehungsweise in Wirtschaftskrisen. Auch in der Bevölkerung genießt die Forschung eine hohe Wertschätzung. Das „Wissenschaftsbarometer spezial“ konnte sogar einen gestiegenen Vertrauensvorsprung für die Wissenschaft im Falle der gegenwärtigen Pandemie in den Befragungen nachweisen.<sup>4</sup> Umgekehrt wirken und wirken Wissenschaftler\_innen stets auch im öffentlichen Raum. In Talkshows sind Expert\_innen aus der Forschung schon seit geraumer Zeit häufig zu Gast. Autor\_innen aus dem Wissenschaftsbereich

sind mit Meinungs- und Gastbeiträgen immer wieder in den Ausgaben von Tageszeitungen und Magazinen präsent.

Diese Rolle der Forschung ist jedoch keineswegs unumstritten. Wenn Wissenschaftler\_innen besonders prominent in den Medien vertreten sind, weckt dies immer auch Kritik an deren vermeintlicher „Meinungsführerschaft“. Wissenschaftliche Beratungstätigkeiten werfen insbesondere dort, wo diese nicht transparent sind, die Frage nach der Zulässigkeit solcher Einflussnahmen in demokratischen Entscheidungsprozessen sowie nach Grenzen und Modi der wissenschaftlichen Politikberatung auf. Gerade in politisch heiklen Gemengelagen zeigt sich, dass sich Wissenschaftler\_innen im politischen Raum in einem Umfeld bewegen, dessen ungeschriebene Spielregeln ihnen nicht immer vertraut sind. Mitunter geraten sie dabei zwischen die Fronten, so dass entweder ihr Rat von den Parteien zur Legitimation der eigenen Position instrumentalisiert oder umgekehrt als parteilich oder als weltfremd abgetan werden kann und im schlimmsten Fall ihre wissenschaftliche Reputation beschädigt wird. Angriffe auf missliebige Ergebnisse von Wissenschaftler\_innen oder auf die sie tragenden Wissenschaftseinrichtungen nehmen in fast allen Ländern zu. In populistischen und verschwörungstheoretischen Strömungen ist eine mitunter offen und sogar stolz zur Schau getragene Wissenschaftsaversion zu beobachten. International anerkannte Wissenschaftler\_innen, die in einer Krise mit ihrem Sachverstand Rat zu geben versuchen, beklagen eine wachsende Aggressivität der gegen sie gerichteten Angriffe, die auch vor persönlichen Invektiven nicht Halt machen.<sup>5</sup> Für eine wachsende Politiknähe – so scheint es – zahlen diese Wissenschaftler\_innen auch einen Preis.

## EINE AKTUELLE DISKUSSION —SCHON VOR COVID-19

Eine Nejustierung des Verhältnisses von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft stand schon lange vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie auf der Tagesordnung. So diskutierten Expert\_innen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft über dieses Thema unter dem Titel „*Grenzüberschreitungen: Wie öffentlich soll Wissenschaft sein?*“ auf zwei im September 2019 und im Januar 2020 von der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, dem Institute for Advanced Sustainability Studies und dem europäischen Forschungsnetzwerk Population Europe

organisierten Veranstaltungen.<sup>6</sup> Annähernd zur gleichen Zeit debattierten führende Vertreter\_innen der Forschung und der Wissenschaftspolitik aus Berlin in einer Reihe von Meinungsbeiträgen im Tagesspiegel über die öffentliche Rolle der Wissenschaft.<sup>7</sup> Auch in der Bundespolitik genießt das Thema eine hohe Aufmerksamkeit, wobei der Fokus auf der Wissenschaftskommunikation in ihrer ganzen Bandbreite liegt. Dies zeigt sich etwa an einem Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom November 2019<sup>8</sup>, in dem sich eine dezidierte thematische Schwerpunktsetzung der Hausspitze manifestiert, sowie in einem Antrag der Koalitionsfraktionen vom Dezember 2019<sup>9</sup>. Im März 2020 folgte ein Antrag der FDP zum Thema<sup>10</sup>, im Juni 2020 ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen<sup>11</sup>. Das im Zusammenhang mit den Beratungen des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 27. Mai 2020 veranstaltete öffentliche Fachgespräch „Wissenschaftskommunikation“ hat weitere Aspekte dieser Thematik vertieft.<sup>12</sup>

In diesen Dokumenten spiegelt sich eine hohe Erwartung an die Problemlösungskapazität und Innovationskraft der Forschung wider. Zugleich liegt dem aber auch die Einschätzung zugrunde, dass das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft dringend einer weiteren Ausgestaltung bedarf. Die COVID-19-Pandemie hat überdies die publizistische und wissenschaftliche Bearbeitung des Themas weiter befeuert.<sup>13</sup>

## MIT DER STIMME DER WISSENSCHAFT

Im Kern geht es um ein altbekanntes Thema. Wesentliche Impulse waren bereits 1999 von dem Memorandum zu „Public Understanding of Sciences and Humanities“ des Stifterverbands gemeinsam mit den großen Wissenschaftsorganisationen ausgegangen<sup>14</sup>. Einzelne akademische Fächer, wie beispielsweise die politische Theorie, die Wissenschaftstheorie, die Wissenschaftssoziologie, die Wissenschaftsgeschichte oder die Kommunikationswissenschaften, haben sich schon in der Vergangenheit intensiv mit dem Beziehungsgefüge von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit beschäftigt. Einige Wissenschaftseinrichtungen haben nach gründlicher Diskussion in Forschungsgruppen oder eigens dazu eingerichteten Kommissionen Leitlinien zu Wissenschaftskommunikation und Politikberatung verabschiedet. Exzellenzuniversitäten in Berlin, Bonn, Karlsruhe, Konstanz und München nennen neben der

Spitzenforschung explizit den Dialog mit der Gesellschaft als wichtiges Ziel ihrer Exzellenzvorhaben. In der ab 2021 geltenden Neuauflage des „Pakts für Forschung und Innovation“ von Bund und Ländern wurde der Transfer aus der Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft als eines der zentralen Ziele formuliert. Muss das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit also tatsächlich neu ausgemessen werden?

In der Tat ist der Raum, in dem Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik zusammenwirken, kein Neuland, das es noch zu erschließen gälte. „Öffentliche Wissenschaft“ und „Open Science“ sind längst zu stehenden Begriffen in der wissenschaftspolitischen Diskussion geworden. Der Anspruch, die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung allen Interessierten möglichst früh und möglichst frei zur Verfügung zu stellen, ist immer häufiger selbstverständlicher Bestandteil der staatlichen wie privaten Forschungsförderung („Open Access“).

Überdies wurde die Öffentlichkeitsarbeit an den Universitäts- und Forschungseinrichtungen in den letzten Jahrzehnten stark ausgebaut. Mit Vereinen und Netzwerken, Veranstaltungen und eigenen Aufbaustudiengängen existiert mittlerweile eine hochgradig professionelle Infrastruktur im Bereich der Wissenschaftskommunikation. Fast alle Wissenschaftseinrichtungen bespielen heute ein breites Repertoire an innovativen Formaten, die immer wieder an neue Seh- und Lerngewohnheiten unterschiedlichster Zielgruppen angepasst werden.

## PLURALISIERUNG DES WISSENS

Allerdings hat sich insbesondere seit dem Siegeszug der sozialen Medien vor mehr als zehn Jahren eine neue Qualität der medialen Arbeit ergeben. Neben die journalistisch professionelle Recherche ist eine Pluralität von Sichtweisen im Internet getreten. Diese stellt zwar ein Mehr an möglichen Perspektiven und insofern eine Bereicherung dar. Doch ist diese Vielfalt für die Nutzer\_innen oft kaum noch nach ihrem Wahrheitsgehalt und nach den außerhalb des wissenschaftlichen Interesses gelegenen Motiven der Autor\_innen zu filtern. Wo früher eine Redaktion mit ihrem guten Namen für die Zuverlässigkeit von Inhalten stand, werden die Leser\_innen heute häufig damit allein gelassen zu beurteilen, ob eine Quelle im Internet vertrauenswürdig ist. Wo Informationen vor allem nach Sichtbarkeit und nicht nach ihrem

Gehalt sortiert werden und die Zahl der „Likes“ und „Clicks“ für die Einschätzung der Relevanz eines Beitrags entscheidender sein kann als ein Fußnotenapparat, verstärkt sich dieser Trend. Die Phänomene abgeschlossener digitaler Meinungszirkel und des systematischen Ausblendens anderer Sichtweisen sind inzwischen gut beschrieben. Hinzu kommt, dass der klassische Wissenschaftsjournalismus durch die internetbasierte Verbreitung von Informationen auch wirtschaftlich unter Druck geraten ist und dadurch in seiner Arbeitsfähigkeit wie seiner Reichweite zunehmend eingeschränkt wird.

Auch die Wissenschaftswelt selbst ist von solchen Mechanismen nicht frei. Meinungsverschiedenheiten von Wissenschaftler\_innen wurden seit jeher auch öffentlich ausgetragen, und in diesem Umfeld ließ sich Aufmerksamkeit immer auch mit alarmierenden Neuigkeiten, zugespitzten Formulierungen und pauschalisierenden Urteilen sowie mit „Wissenschaftsskandalen“ erreichen. In der heutigen Medienwelt können solche Standpunkte jedoch auch ohne vorherige Qualitätskontrolle und gewissermaßen in Echtzeit einer internationalen Leserschaft vermittelt werden, je nach Thema mit einer Reichweite, die weit über die Auflagenzahl einer Zeitung oder einer wissenschaftlichen Fachpublikation hinausgehen kann. Auch die institutionelle Wissenschaftskommunikation ist von den skizzierten Mechanismen geprägt: Sie muss heute schneller, direkter und mitunter auch verkürzter agieren. Mit dieser Thematik befassten sich in den vergangenen Jahren verschiedene Stellungnahmen, beispielsweise der Arbeitsgruppen „Wissenschaft – Öffentlichkeit – Medien“ (WÖM) der Akademien der Wissenschaften<sup>15</sup> oder des Siggener Kreises.<sup>16</sup>

## IM DIALOG MIT DER POLITIK

Das Engagement in Politikberatung und Politikdialog ist eine weitere Anforderung, die vermehrt an die Forschenden herangetragen wird, und auch hier handelt es sich nicht um eine neue Entwicklung. Viele Wissenschaftler\_innen sind in entsprechenden Beiräten, Kommissionen, Arbeitsausschüssen, Fachgesprächen und Anhörungen aktiv oder nehmen gemeinsam mit Vertreter\_innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an Podiumsdiskussionen teil. In den Statuten vieler Akademien und Wissenschaftsorganisationen ist die Politikberatung als eine institutionelle Kernaufgabe festgeschrieben.

Doch haben sich auch hier die Erwartungen an die Wissenschaft in letzter Zeit erheblich erweitert. Es ist nicht mehr nur Sache einzelner Vertreter\_innen der Forschung, sich aus freien Stücken aktiv in die „Policy Arena“ einzubringen. Vielmehr wird mittlerweile von Wissenschaftler\_innen geradezu erwartet, beispielsweise in den Antragsbedingungen für eine Förderung von Forschungsprojekten, die gesellschaftliche bzw. politische Relevanz und den „Impact“ ihrer Forschung eigens darzulegen. Dies kann mitunter so weit gehen, dass als Kriterium für erfolgreichen „Outreach“ eines wissenschaftlichen Projekts der Nachweis einer direkten Wirkung der Forschungsergebnisse auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erwartet wird.

Hinzu kommt: Nicht erst seit „Fridays-for-Future“ werden Forderungen laut, Expert\_innen aus dem Bereich der Wissenschaft sollten zu den großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft eindeutiger Stellung beziehen und an entsprechenden politischen Willensbekundungen teilnehmen. Auch dies hat eine lange Tradition, etwa in der aktiven Beteiligung prominenter Wissenschaftler\_innen an den Umwelt-, Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Nicht selten verschwimmen dabei in der öffentlichen Wahrnehmung die Grenzen zwischen den Äußerungen von Wissenschaftler\_innen als Individuen und als Vertreter\_innen ihrer akademischen Institution, ihres Fachs oder gar „der Wissenschaft“ selbst.

## ZWISCHEN ERKENNEN UND ANWENDEN

Insbesondere in anwendungsnahen Forschungsbereichen ist der Austausch mit gesellschaftlichen Akteuren in beide Richtungen sogar grundlegend, weil er es erlaubt, die Forschung bedarfsgerecht auszurichten und gesellschaftliche wie technologische Innovationen in gemeinsamen Dialog- und Experimentierräumen („Reallaboren“) zu entwickeln und zu erproben. Auch das Konzept „Responsible Research and Innovation“ (RRI) beansprucht, Forschung nicht mehr nur in ihren Aufgabenstellungen und ihren Ergebnissen sozialen Bewertungen zu unterziehen, sondern die Auswirkungen der Forschung auf die Gesellschaft von vornherein im Forschungsprozess, beispielsweise in den Verfahren, Modellen und Qualitätskontrollen, zu reflektieren. Das Spektrum von neuen Ansätzen reicht hier von der transdisziplinären Einbeziehung von Stakeholdern bereits auf der Stufe des Designs von Forschungsprojekten bis

hin zu dem Versuch, wissenschaftliche Forschung auch von Nicht-Expert\_innen evaluieren zu lassen („extended peer review“). Viel diskutiert wird gegenwärtig auch die Idee der „Bürger\_innenwissenschaft“ („Citizen Science“), die in verschiedenen Disziplinen die Einbeziehung von Nicht-Wissenschaftler\_innen in den Forschungsprozess erprobt, beispielsweise bei der Erhebung von Daten. Solche neuen Ansätze haben zwar systemimmanente Grenzen und betreffen insbesondere die klassische Grundlagenforschung vieler Fächer nicht oder nur begrenzt. Dagegen ist die interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung ein Beispiel dafür, dass die Forschung zugleich viele solche Ansätze aufnimmt, um die Transformation der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit gezielt zu unterstützen („transformative Forschung“). In solchen Forschungsansätzen bzw. bei einem solchen Verständnis von Wissenschaft kommt auch der Wissenschaftskommunikation eine ganz andere als die bisher verbreitete Rolle zu, weil sie stärker am wechselseitigen Austausch orientiert ist.

## DER DRUCK AUF DIE FORSCHENDEN WÄCHST

In dem aufgezeigten Erwartungshorizont liegt einerseits eine große Chance. Wissenschaftler\_innen können zur Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen einen wichtigen Beitrag leisten und ihre fachliche und methodische Kompetenz bei der Gestaltung unserer Zukunft zur Geltung bringen. Dies trägt zur gesellschaftlichen Bedeutung von „Wissenschaft als Beruf“ und letztlich auch zur Bereitschaft der öffentlichen Hand bei, selbst in Zeiten knapper werdender öffentlicher Ressourcen ausreichend ausgestattete Forschungsbudgets zu bewilligen. Die Wissenschaft wird dadurch zwar nicht zu einer „fünften Gewalt“ in der Demokratie (und sollte es mangels demokratischer Legitimation auch nicht werden), kann aber neben dem Journalismus durchaus die Rolle einer kritischen Stimme in der politischen Entscheidungsfindung wahrnehmen (wie sie es in der Klimadebatte oder während der COVID-19-Pandemie bereits getan hat).

Allerdings birgt die neue öffentliche Rolle der Wissenschaft auch Probleme. Zum einen müssen neue Anforderungsprofile mit Augenmaß an die Wissenschaftler\_innen herangetragen werden, um diese nicht zu überfordern. Bereits heute beeinträchtigt die Arbeitsbelastung, die sich aus wachsenden Verpflichtungen in der akademischen Lehre, der Betreuung



des wissenschaftlichen Nachwuchses, den Aufgaben der Selbstverwaltung, der Mittelakquise und der Vorbereitung auf Evaluierungen ergibt, immer stärker den Forschungsprozess. Wie können also zeitliche Kapazitäten geschaffen, Kompetenzen gebildet und eine Kultur der Wertschätzung für Wissenschaftskommunikation etabliert werden? Schließlich kann die mediale Präsenz von Forschenden außerhalb der Wissenschaft auch deren Sichtbarkeit innerhalb der eigenen Disziplin verstärken – diese Einsicht ist in Deutschland im Vergleich zu den USA noch relativ wenig verbreitet.

Zum anderen gibt es auch systemische Gründe für eine stärkere Resilienz von Wissenschaftler\_innen gegenüber der öffentlichen Inanspruchnahme. Die Kardinaltugenden eines Forschenden sind die Einbeziehung möglichst aller zu seiner Fragestellung relevanten Informationen, die Erörterung des Forschungsstands, das gründliche Abwägen widersprüchlicher Erkenntnisse, das Hinterfragen vermeintlicher Gewissheiten, das Formulieren von Hypothesen und deren kritische Prüfung im Austausch mit der Fachwelt auf internationalen Tagungen, in den Peer-Reviews von Publikationen oder in Begutachtungen. Die Anforderungen in der Wissenschaftskommunikation sind dagegen andere; sie werden von kürzeren Publikationsrhythmen, einem größeren Anteil bildlicher und grafischer Information sowie dem Bedarf an möglichst kurzen und möglichst einfach formulierten Texten bestimmt.

Auch die Politikberatung ist nicht Wissenschaft an sich. Ihre Bedingungen, Spielregeln und Risiken sind ganz eigener Natur. Variable individuelle Interessen und Fähigkeiten sprechen nicht dafür, von ausnahmslos jedem Wissenschaftler eine öffentliche beziehungsweise politische Rolle einzufordern. Zudem: Was ist das Verhältnis von Einzelmeinungen, die von Wissenschaftler\_innen vorgetragen wurden, und den Positionierungen von Institutionen und Organisationen? Auch dieses Problemfeld trat in der COVID-19-Pandemie klar hervor.

Schließlich ist bei alledem immer in Rechnung zu stellen, dass auch renommierte Forscher\_innen Fehleinschätzungen unterliegen beziehungsweise unvollständige oder falsche Ergebnisse liefern können. Dies gilt insbesondere, wenn sie bei hochkomplexen gesellschaftlichen Problemstellungen auf Grund eines disparaten Forschungsstands unter Unsicherheit entscheiden müssen oder aus einer selektiven disziplinären Perspektive heraus urteilen. Auch die Selbstregulierungsmechanismen des Wis-

senschaftssystems können an ihre Grenzen stoßen, wie dies beispielsweise im Zusammenhang mit der sogenannten „Reproduktionskrise“ deutlich wurde, wenn Peer-Review-Verfahren überlastet sind oder im schlimmsten Fall die Veröffentlichung von Studienergebnissen, die nicht ins vorherrschende Bild passen, verhindert wird.

## EMPFEHLUNGEN

### \_\_\_WEITERE PROFESSIONALISIERUNG DER WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION

Die seit vielen Jahren vorangetriebenen Bemühungen um eine Professionalisierung der Wissenschaftskommunikation sollten weiter ausgebaut werden<sup>17</sup>. Professionell ausgebildete Wissenschaftskommunikator\_innen und entsprechend ausgestattete Institutionen können die dazu notwendigen Abläufe zeit- und kosteneffizient organisieren und damit zugleich die Forschenden und Lehrenden ihrer Einrichtung zeitlich entlasten und in ihrem Auftreten beraten.

Allerdings darf auch die Wissenschaftskommunikation nicht überfordert werden. Sie kann nur eine Vermittlungsfunktion wahrnehmen, vor allem dort, wo es um bereits gesicherte Wissensbestände geht. Bei komplexen und besonders umstrittenen Forschungsfragen braucht sie den Überblick und das Detailwissen der Wissenschaftler\_innen. Deshalb sollten Forschende auch weiterhin befähigt und darin gefördert werden, in die Gesellschaft hinein zu wirken. Zu einer gezielten Förderung gehört eine Teilnahme von Studierenden aller Fächer an entsprechenden Seminarangeboten; im weiteren Verlauf der akademischen Laufbahn die Möglichkeit, im Rahmen von Graduiertenschulen und auch danach die Gelegenheit zu praktischer Darstellung der eigenen Forschung in der Gesellschaft und mediales Training vorzusehen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen könnten Forschenden ermöglichen, ein praktisches Sabbatical-Jahr in der Wirtschaft, der Politik, in Kultur- oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zu verbringen, und umgekehrt. Darüber hinaus ist es wichtig, dass ein Engagement von Forschenden in der Wissenschaftskommunikation in den Bewertungsmechanismen der Wissenschaft (etwa bei Berufungsverfahren) stärkere Anerkennung findet.

## \_\_\_POLITIKINFORMATION STATT POLITIKGESTALTUNG

Wissenschaftliche Beratungsleistungen können und müssen dazu beitragen, Entscheidungsträger\_innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein möglichst ausgewogenes Bild über einen Sachverhalt zu vermitteln und weitere Entwicklungen zu prognostizieren, soweit dies nach dem jeweiligen Kenntnis- und Methodenstand möglich ist. Aus diesem Wissen heraus können Wissenschaftler\_innen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch bemessen, welche Konsequenzen einzelne Interventionen seitens der Politik haben könnten. Auf dieser Basis können auch Politikempfehlungen gegeben werden – zumal eine Empfehlung an sich nicht den Anspruch erhebt, dass sie auch befolgt werden muss. Die Vorstellung aber, dass Wissenschaftler\_innen politische Entscheidungen mitgestalten sollten, würde weder dem Selbstverständnis der Forschung gerecht noch gäbe es dafür eine hinreichende demokratietheoretische Legitimation.

Man sollte hier allerdings auch nicht einem naiven Wissenschaftsverständnis das Wort reden, denn auch eine auf das Bereitstellen von wissenschaftlicher Evidenz beschränkte Beratungsaktivität bedeutet meist auch eine zumindest implizite Handlungsempfehlung. In der Beratung schlagen sich nicht zuletzt auch die politischen Präferenzen und individuellen Erfahrungen der beteiligten Wissenschaftler\_innen nieder. Selbst bei besten Intentionen können, ob willentlich oder nicht, die Grenzen zwischen einer wissenschaftlichen Beratungsleistung und einer problematischen Einflussnahme auf Entscheidungen verschwimmen. Dieser Grenzen müssen sich Wissenschaftler\_innen stets bewusst sein. Wie nicht zuletzt die kritischen Kommentare um wissenschaftliche Beratungsleistungen während der COVID-19-Pandemie gezeigt haben, werden sie in öffentlichen Debatten ihre Wertannahmen und ihre nicht-wissenschaftlichen Präferenzen klarer benennen müssen. Gesellschaftliche Akteure fordern auch von Forschenden vermehrt – und zu Recht – Transparenz ein, wie sie zu einer bestimmten Handlungsempfehlung gekommen sind.

Dialogformate können hier ein wichtiges Instrument sein, um bereits im Entstehungsprozess des Wissens die Mehrdimensionalität politischen Entscheidens und wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse zu berücksichtigen, die eigenen Grundlagen offen zu legen und zu einem Wissensaustausch zu gelangen, bei dem beide Seiten voneinander profitieren können – die „Praxis“ mit dem Ziel einer „evidenz-informierten Politikgestaltung“; die Wissenschaft mit dem Blick auf

im bisherigen Forschungsdesign noch nicht hinreichend berücksichtigte Aspekte beziehungsweise neu zu stellende Forschungsfragen. In diesem Sinne sollte wissenschaftliche Politikberatung nicht als kommunikative „Einbahnstraße“ missverstanden werden, in der es nur zu einem Transfer von Wissen aus der Forschung in die Praxis kommt, sondern als ein Prozess wechselseitigen Lernens.

Angesichts wachsender Forderungen an die Forschung bedarf es in jedem Falle einer Diskussion über die zulässige Reichweite von wissenschaftlicher Politikberatung. Die bereits existierenden Leitfäden einzelner Organisationen und die wissenschaftliche Literatur zu diesem Themenfeld geben hierzu wichtige Impulse. Es ist wichtig, die seit dem Jahreswechsel und während der COVID-19-Pandemie geführte Debatte zu diesen Aspekten weiter voranzutreiben und zu vertiefen sowie die international vergleichende Forschung zur wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland weiter auszubauen.

## \_\_\_QUALITÄTSOFFENSIVE STATT BANALISIERUNG DES WISSENS

Wie ist wissenschaftliche Aufklärung und evidenzinformierte Politikberatung unter den Bedingungen wachsender Ausdifferenzierung und Vervielfältigung kommunikativer Akte, wie wir sie in der digitalisierten Welt erleben, möglich? Wie können Konsument\_innen bei den vielzähligen Informationsangeboten, die heute im Netz abrufbar sind, die seriös argumentierenden und methodisch einwandfreien wissenschaftlichen Angebote als solche erkennen, gewissermaßen „die Spreu vom Weizen trennen“?

Ein „Wissenschafts-TÜV“ macht ebenso wenig Sinn wie der Schutz der Marke „Expert\_innen“, denn ein derartiger Exklusivitätsanspruch ist der Wissenschaft fremd. Selbst die Koryphäen eines Fachs müssen sich immer wieder im eigenen Feld bewähren. Angesichts des heute inflationären Gebrauchs der Zuweisung „Expert\_in“ sollte es aber eine Mindestanforderung sein, dass jene, die in ihrer Selbstzuschreibung wissenschaftliche Expertise beanspruchen, für ihr Tun hinreichend qualifiziert sind. Dazu sollten Forschungseinrichtungen selbstbewusster auf die Qualifikationswege von Berufswissenschaftler\_innen hinweisen, die einen teilweise über ein Jahrzehnt gehenden Ausbildungsweg auf sich nehmen und sich dann bei Veröffentlichungen und Präsentationen einer ständigen internen Qualitätskontrolle im Peer-Review-Verfahren stellen müssen. Es geht dabei nicht um Meinungskontrolle, sondern darum, für Konsu-

ment\_innen klar erkennbar zu machen, ob es sich bei einem als „Forschung“ oder „Forschungsinstitut“ bezeichneten Angebot wirklich um dafür qualifizierte Wissenschaftler\_innen handelt. Dadurch können Internetnutzer\_innen nicht nur vor Etikettenschwindel besser geschützt werden. Vielmehr kann auch denen, die eine populistische Agenda verfolgen, diese aber als „Forschung“ verbrämen, buchstäblich das Handwerk gelegt werden.

Des Weiteren geht es darum, in Schulen und Ausbildungseinrichtungen wissenschaftliche Medienkompetenz stärker zu vermitteln und dafür vonseiten der Wissenschaft auch Material (beispielsweise Kriterienkataloge zur Bewertung von „Wissenschaftsbeiträgen“) zur Verfügung zu stellen. Es sollte auch mehr in den Aufbau von Einrichtungen investiert werden, die dabei helfen, wissenschaftliche Angebote zu sortieren, zu bewerten und aufzubereiten, etwa in systematischen Reviews, wie dies in der Medizin üblich ist, oder in regelmäßig publizierten Themenüberblicken, vorausgesetzt, dass die Autor\_innen den Forschungsstand zu ihrem Thema auch vollständig überblicken. Die Arbeit des internationalen Forschungsnetzwerks Cochrane oder das Science Media Center sind in dieser Hinsicht gelungene Beispiele.

### \_\_\_POPULARISIERUNG DES WISSENS DURCH BILDUNG

Des Weiteren sollten noch mehr Schnittstellen zwischen dem Bereich der Allgemeinbildung Erwachsener und der Wissenschaft hergestellt werden, um so die Dynamik der Forschung aus der Hochschullehre auch in Curricula und Einrichtungen des lebensbegleitenden Lernens zu überführen. Dazu werden zum einen mehr professionelle Anbieter und Didaktiker\_innen mit wissenschaftlichem Hintergrund benötigt. Hier wäre, in Anlehnung an das Konzept der Lehrprofessuren, an Wissenschaftler\_innen zu denken, die sich hierfür eine eigene Lehrkompetenz aneignen und nicht mehr nur in der Forschung aktiv sein wollen. Zum anderen sollten die Bemühungen verstärkt werden, die Didaktik der Hochschullehre und der Institutionen des lebensbegleitenden Lernens dauerhaft mit digital verfügbaren Angeboten anzureichern und dadurch miteinander zu vernetzen. Daraus entstünde die Chance, diese Angebote dann auch für andere

Zielgruppen als die jeweiligen Kursteilnehmer\_innen aufzubereiten. Weitere Beispiele sind Kooperationen von Universitäten mit Volkshochschulen (zum Beispiel in Hannover und in Wien). Auch der Bereich „Citizen Science“ bietet sehr gute Anknüpfungspunkte für Transfer und Dialog.

Eine weitere Professionalisierung der Wissenschaftskommunikation und die Kompetenzentwicklung in der Breite der Gesellschaft sowie über die gesamte Lebensspanne hinweg könnten Hand in Hand gehen. Eine solchermaßen angereicherte Allgemeinbildung stärkt letztlich auch die Diskurskultur in einer Demokratie – was wiederum die Handlungsspielräume jener beschränkt, die für ihre Meinungsmache die Möglichkeit der modernen Medienwelt missbrauchen.

### \_\_\_GRENZEN SETZEN, GRENZEN ÜBERWINDEN

Wissenschaftseinrichtungen sollten in professionelle Wissenschaftskommunikation, Politikberatung und Politikinformation investieren und intern entsprechende Ausbildungs- und Beratungsangebote dafür machen. Wissenschaftler\_innen brauchen Förderung und Anerkennung ihres Engagements an den Schnittstellen zu Politik und Gesellschaft.

Zugleich gilt es aber auch, den für die Forschung notwendigen Freiraum immer wieder aufs Neue zu verteidigen. Die Bedeutung solcher Freiräume als Orte, an denen fern von öffentlichen Erwägungen und der Zweckrationalität des Marktes neue Forschungsansätze erdacht und erprobt werden, kann für die Innovationsfähigkeit des Forschungsstandortes Deutschland nicht genug betont werden.

Die kritische Funktion der Wissenschaft benötigt also eine gewisse Distanz zur Gesellschaft – aber auch deren Reibungsflächen, um sich im Sinne einer gemeinsam zu gestaltenden Zukunft stetig weiterzuentwickeln. Die Diskussion, wo der schmale Grat zwischen einem dringend notwendigen gesellschaftlichen Engagement von Wissenschaftler\_innen und dem für gute Forschung nötigen Freiraum genau verläuft, sollte vor dem Hintergrund wachsender öffentlicher Anforderungen neu geführt werden.

## FUSSNOTEN

- <sup>1</sup> Ad-hoc-Stellungnahmen zur Coronavirus-Pandemie (21. März 2020, 3. April 2020, 13. April 2020, 27. Mai 2020, 5. August 2020).
- <sup>2</sup> Strategien zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Eine Stellungnahme der Präsidenten der außeruniversitären Forschungsorganisationen auf Basis von mathematischen Analysen der Datenlage (28.4.2020).
- <sup>3</sup> Empfehlungen aus der Perspektive von Bildungswissenschaft und Bildungspraxis hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende Mai 2020 veröffentlicht: Schule in Zeiten der Pandemie – Empfehlungen für die Gestaltung des Schuljahres 2020/21 (28.5.2020).
- <sup>4</sup> Wissenschaftsbarometer Corona Spezial. Wissenschaft im Dialog: Berlin (April und Mai 2020).
- <sup>5</sup> Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise berichtete der Virologe Christian Drosten sogar von Morddrohungen (Guardian, 26.4.2020). In den USA erhielt der Virologe Anthony S. Fauci Personenschutz (Washington Post, 2.4.2020).
- <sup>6</sup> Die Materialien zur Veranstaltungsreihe können unter <https://population-europe.eu/policy-insights/workshop-discussion-how-should-scientific-community-behave-controversial-political> bzw. <https://www.leopoldina.org/veranstaltungen/veranstaltung/event/2772/> abgerufen werden.
- <sup>7</sup> Die einzelnen Beiträge von Christian Thomsen (10.10.2019), Jürgen Renn (16.10.2019), Barbara Stollberg-Rilinger (3.11.2019), Peter-André Alt (13.11.2019), Ernst Dieter Rossmann (15.11.2019), Jürgen Kocka (2.10.2019), Jutta Allmendinger / Harald Wilkoszewski (2.10.2019) und Jürgen Zöllner (2.1.2020). Vgl. auch Reinhard Hüttl, Wissenschaft muss sich erklären“, *duz* (7/2020) sowie Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex, etwa das ZEIT Forum Wissenschaft „Vom Lob und Fluch des Zweifels - Wann wissen wir, was wahr ist?“ (5.11.2019), die Tagung „Wissenschaft in Verantwortung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (21.11.2019, Tagungsband erscheint im Herbst 2020) oder die Veranstaltung „Cha(lle)nging Perspectives“ der Jungen Akademie (19.8.2020).
- <sup>8</sup> Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation. Berlin/Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung, November 2019.
- <sup>9</sup> Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Wissenschaftskommunikation stärken – Strukturen sichern, neue Möglichkeiten schaffen“, 17.12.2019, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/16044.
- <sup>10</sup> Antrag der FDP-Fraktion „Echte Wissenschaftskommunikation – Glaubwürdig und beteiligungsstark“, 3.3.2020, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/17517.
- <sup>11</sup> Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Wissenschaft im Dialog mit Gesellschaft – Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus umfassend stärken“, 16.6.2020, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20041.
- <sup>12</sup> Die Stellungnahmen der Expert\_innen Peter-André Alt (Hochschulrektorenkonferenz), Antje Boetius (Alfred-Wegener-Institut / Wissenschaft im Dialog), Stefan Brandt (Futurium), Nicola Kuhrt (Wissenschaftspressekonferenz), Beatrice Lugger (Nationales Institut für Wissenschaftskommunikation), Steffi Ober (NABU – Naturschutzbund Deutschland), Volker Stollorz (Science Media Center) und Jan-Martin Wiarda (Journalist): Deutscher Bundestag, Ausschussdrucksache 19(18)192.
- <sup>13</sup> Molthagen-Schnöring, Stefanie. „Wissenschaftskommunikation – Impulse in Zeiten der Corona-Krise“, in: E-Paper der Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16765.pdf> Ebenfalls bei der FES erschienen: E-Paper von Ernst Dieter Rossmann („Wissenschaftskommunikation nach der Krise – eine politische Einschätzung“) <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16165.pdf> und Jan-Martin Wiarda („Corona: Gelegenheitsfenster für den Wissenschaftsjournalismus?“) <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16781-20200403.pdf>
- <sup>14</sup> <https://www.stifterverband.org/ueber-uns/geschichte-des-stifterverbandes/push-memorandum>.
- <sup>15</sup> <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/wissenschaft-oeffentlichkeit-medien/>
- <sup>16</sup> Der Siggener Kreis ist ein Thinktank zur Zukunft der Wissenschaftskommunikation <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/siggener-kreis/>.
- <sup>17</sup> Vgl. hierzu aktuell Matthias Mayer / Friederike Schneider, Bedingt dialogbereit, FAZ v. 2.9.2020



## DIE AUTOR\_INNEN DIESER PUBLIKATION

Andreas Edel: Executive Secretary des europäischen Forschungsnetzwerks Population Europe, Berlin / Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock.

Lukas Kübler: Wissenschaftlicher Referent, Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam.

Emily Lines: Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Population Europe, Berlin / Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock.

Patrizia Nanz: Wissenschaftliche Direktorin am Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam.

Katja Patzwaldt: Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Büro des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, vormals Wissenschaftliche Referentin im Präsidialbüro der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Berlin.

Guido Speiser: Wissenschaftlicher Referent im Berliner Büro der Max-Planck-Gesellschaft.

Dorota Stasiak: Wissenschaftliche Projektleiterin des transdisziplinären Projekts „Ko-Kreation und zeitgemäße Politikberatung“ am Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam.

Markus Weißkopf: Geschäftsführer der Wissenschaft im Dialog gGmbH, Berlin.

Die Meinungen der Autor\_innen geben nicht notwendigerweise die Meinung ihrer Institutionen wieder.

## IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2020  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Abt. Studienförderung  
Redaktion: Dr. Martin Pfafferott  
Illustration auf Seite 1: © Johannes Beck  
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

## DAS NETZWERK

Das Netzwerk Wissenschaft behandelt aktuelle wissenschafts- und hochschulpolitische Fragestellungen in Form von Konferenzen und Publikationen. Ziel der Aktivitäten ist es, zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit im Hochschulwesen, zur zukünftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems und zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in fortschrittliche Politik beizutragen.

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: [theresia.mueller-vom-berge@fes.de](mailto:theresia.mueller-vom-berge@fes.de)

Digitale Versionen aller Publikationen:  
<https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung>

## KONTAKT UND FEEDBACK

Dr. Martin Pfafferott  
Leiter Bildung und Wissenschaft  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
[martin.pfafferott@fes.de](mailto:martin.pfafferott@fes.de)



Besuchen Sie unseren Bildungsblog  
[www.fes.de/bildungsblog](http://www.fes.de/bildungsblog)

Folgen Sie uns auch auf twitter.

